

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

Privatisierung verhindern!

Versicherungen, Banken und große Anleger forcieren gemeinsam mit Politikern ein neues Großprojekt zur Privatisierung öffentlichen Eigentums. Diesmal geht es nicht um Wohnungen oder Betriebe der Daseinsvorsorge, sondern um Autobahnen und Bundesstraßen. Vor drei Jahren las ich die ersten Berichte darüber, dass Lebensversicherer angesichts der niedrigen Zinsen neue Betätigungsfelder suchen. Es geht ihnen um sichere Anlagen, die ihnen eine verlässliche Rendite von fünf oder sieben Prozent bringen. Öffentliche Infrastruktur sei doch geeignet dafür: Das Risiko ist gleich Null, da ja der Staat garantiert, aber es gibt eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals weit oberhalb dessen, was der Markt normalerweise hergibt.



Meine erste Reaktion, auch öffentlich im Gespräch mit dem Tagesspiegel, war: Warum in aller Welt sollte der Staat zur Finanzierung des Baus und des Betriebes etwa von Autobahnen Private reinholen und bezahlen, wenn er angesichts der Zinslage selbst Geld umsonst bekommt und investieren kann? Das wäre doch faktisch ein Geschenk an die Unternehmen zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Die Diskussion ist weitergegangen und insbesondere Finanzminister Schäuble will den Privaten unbedingt dieses Geschenk unter den Weihnachtsbaum legen. Es scheint schon alles vorbereitet: Im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich wurde unter anderem festgelegt, dass die Autobahnen und Bundesstraßen in eine „Infrastrukturgesellschaft“ eingebracht und nicht mehr von den Ländern, sondern zentral vom Bund verwaltet werden. Die SPD hatte in den Verhandlungen zwar durchgesetzt, dass das Eigentum des Bundes an den Autobahnen und Bundesstraßen „unveräußerlich“ sei. Doch Schäuble hat sich etwas ausgedacht: Die Infrastrukturgesellschaft an sich könne doch mindestens teilprivatisiert werden.

Was bedeutet das? Private Kapitalgeber könnten munter Geschäfte rund um die Autobahnen und Straßen machen. Im Rahmen von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften könnten Autobahnen geplant, gebaut, repariert, betrieben und verwaltet werden. Der Staat müsste im traditionellen Sinne keine Schulden aufnehmen (die „schwarze Null“ wäre gesichert), hätte aber natürlich auf Jahrzehnte die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Privaten. So was nennt man auch: Schattenhaushalt. Oder soll ich sagen: Ver...äppelung der Bürger?! Die Privaten bekämen natürlich erheblichen Einfluss auf Entscheidungen der Infrastrukturgesellschaft: Gebaut oder repariert wird nur dort, wo es sich lohnt. Das wäre vor allem so, wenn sich Staat und Private auf die Einführung einer Maut einigen würden. Dann zahlen die Bürger keine höheren Steuern, aber es werden eben Gebühren verlangt. Ich sage es doch deutlich: Verarschung der Bürger!

Die SPD ist eindeutig gegen jede Form der Privatisierung. Und nicht nur die SPD. Sogar das Land Bayern hat Bedenken angemeldet. Es ist vollkommen klar: Ich werde den dafür nötigen Gesetzen nie und nimmer meine Zustimmung geben!



Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Jahresende bleibt es politisch spannend: In dem Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, ist noch unklar, ob Helmut Kleebank zum Bezirksbürgermeister Spandaus wiedergewählt wird. Die CDU spielt ein unverantwortliches Spiel. Sie haben die Gespräche abgebrochen. Mit fadenscheiniger Begründung: Sie wollen weg von der Parteipolitik in der Spandauer Bezirkspolitik, darum werden sie Helmut Kleebank nicht wählen. Geht es noch widersprüchlicher? Wenn sie es ernst meinten, würden sie mindestens mit einer Enthaltung den Weg frei machen für die Neuwahl des Bezirksamtes anstatt Chaos zu stiften.

Die Bildung der rot-rot-grünen Koalition in Berlin ist sicher nicht leicht gewesen. Und sie wird auch nicht nur Freude verbreiten. Doch sie ist auch ein wichtiges Signal, das auch in der Bundespolitik wahrgenommen wird: Es gibt eine Alternative zur Großen Koalition! Wir haben in der Koalition mit CDU und CSU zwar viel durchgesetzt. Auch ich persönlich konnte Akzente setzen, auf die ich stolz bin, etwa die Verbesserung des BAföG oder auch Entscheidungen, die konkret in Spandau helfen, wie Mittel für die Stadtentwicklung oder für die Denkmalsanierung. Aber es reicht wirklich mit der „GroKo“, denn ob es Mieterschutz, Familie, Rente oder Arbeitsmarkt ist: Diese Parteien stehen zu weit auseinander, als dass sie gut gemeinsam regieren könnten. Im nächsten Jahr müssen wir aber die Unterschiede auch deutlicher herausstellen.

Zum Jahresende bedanke ich mich herzlich für die Unterstützung, wünsche allen frohe Weihnachten, einen guten Rutsch und ein erfolgreiches, gesundes neues Jahr!

Swen Schulz

Sicher sein – sich sicher fühlen

Sicherheit war im November das Thema zu dem ich zu einer Diskussionsrunde mit Burkhard Lischka, dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und dem Leiter der Polizeidirektion 2, Stefan Weis, eingeladen hatte.

Bundesweit erhalten die Sicherheitsbehörden täglich vier bis fünf Hinweise auf mögliche terroristische Aktionen, erklärte Lischka. Schon das mache deutlich, wie stark die zuständigen Stellen gefordert sind. Doch insgesamt sind wir seiner Meinung nach recht gut aufgestellt. Insgesamt würden unsere Gesetze vollkommen ausreichen. Jedoch werde deutlich mehr Personal benötigt, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses erfährt die Bundespolizei darum den höchsten Aufwuchs seit Bestehen der Bundesrepublik. Wichtig für die Zukunft sei eine Kontinuität in der Arbeit der Sicherheitsbehörden und auch auf der europäischen Ebene bedürfe es noch Verbesserungen.



Laut dem Leiter der Polizeidirektion 2 ist das Leben in Spandau vergleichsweise sicher. Die Zahlen der Diebstähle und Einbrüche liegen bei uns an der Havel weit unter denen in der Innenstadt und auch noch unter denen in Charlottenburg. So gab es im gleichen Zeitraum 650 Einbrüche in Charlottenburg-Wilmersdorf, 300 hingegen in Spandau. Gleichwohl mahnte er, wachsam zu bleiben und sich im Zweifelsfall auch nicht zu scheuen, die 110 anzurufen. Auch ermunterte er, sich über die Angebote für Präventionsmaßnahmen der Polizei zu informieren.



Freybrücke: Bund unzuständig

Es ist ein massives Dauerärgernis: Die neue Freybrücke wird und wird nicht fertig. Da das Bauwerk ja überwiegend vom Bund finanziert wird, habe ich beim Bundesverkehrsministerium nachgehakt, was da nun los ist und wie es weitergeht. Antwort: Das Land Berlin macht das in Auftragsverwaltung und die Bundesregierung kann dazu eigentlich gar nichts sagen. Nur so viel: Das Land habe „versichert, die Be-

fahrbarkeit der zunächst vierstreifig nutzbaren neuen Freybrücke noch in diesem Jahr zu gewährleisten. Nach voraussichtlich im Sommer 2017 abgeschlossenem Rückbau der Behelfsbrücken werden alle fünf Fahrstreifen und auch der nördliche Fuß- und Radweg uneingeschränkt zur Verfügung stehen.“ Und: Die veranschlagten Kosten in Höhe von rund 33 Millionen Euro würden eingehalten. Immerhin.

Bundshaushalt 2017 beschlossen

Die sogenannte „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses ist berühmt-berüchtigt für nächtliche und teilweise schmerzhaft Entscheidungen. In diesem Jahr ging es, aufgrund der guten Lage, eher um ein Gerangel, wer denn nun mehr vom Steuerkuchen abbekommt. Und um es vorweg zu sagen: Ich bin zufrieden! Für den von mir bearbeiteten Bereich Bildung und Forschung gab es 240 Millionen Euro oben drauf: Unter anderem für die anwendungsorientierte Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft, für die Digitalisierung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten, für die internationale Forschung zur Bekämpfung von Seuchen. Ich konnte auch die Gründung eines Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung in Berlin durchsetzen, was erstens für die Sache wichtig ist und mich zweitens natürlich auch für Berlin freut.

In einem anderen Feld, nämlich im Kulturhaushalt, konnte ich auch etwas erreichen: Berlin hat wieder erhebliche zusätzliche Fördermittel bekommen. Herausragend zu nennen ist dabei sicherlich die Finanzierung der Wiedererrichtung der Schinkelschen Bauakademie. Aber auch verschiedene Kulturprojekte, ein House of Jazz in der Alten Münze, Förderung jüdischen Lebens – da ist 'ne Menge drin. Für Spandau habe ich wieder Denkmalschutzmittel organisieren können. Im letz-

ten Jahr stand die Dorfkirche Gatow im Bundeshaushalt mit der Förderung der Sanierung. Jetzt ist es das ehemalige Kaufhaus der Gartenstadt Staaken. Die Genossenschaft unternimmt erhebliche Anstrengungen zur denkmalgerechten Sanierung ihres Baubestandes. Mit 100.000 Euro leistet nun der Bund einen Beitrag, der sicher willkommen und vor allem aber sinnvoll und verdient ist.

Der Platz hier reicht nicht aus, um die vielen weiteren wichtigen Entscheidungen im Bundeshaushalt zu erörtern. Vom Wohnungsbau über Rüstung bis zu Entwicklungshilfe gibt es ganz unterschiedliche, aus meiner Sicht auch nicht immer richtige Entscheidungen. Aber insgesamt hat sich die Koalition anständig geeinigt. Jetzt wird es in der Haushaltspolitik aber verstärkt darum gehen, deutlich zu machen, wie wir uns eine soziale und gerechte Haushaltspolitik ohne CDU/CSU vorstellen.





Andrea Nahles in Spandau

Anfang September habe ich unsere Arbeits- und Sozialministerin nach Spandau holen können. Gemeinsam mit Burgunde Grosse diskutierten wir über die Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die Änderungen in der Arbeitswelt – Stichwort Arbeit 4.0 – zeigen neue Perspektiven und Gestaltungschancen in der Zukunft auf. Aber wir dürfen auch die Augen vor Gefahren nicht verschließen. Unsere Arbeitswelt ändert sich, hat sich schon geändert und wird sich weiter ändern. Das bereitet vielen von uns auch ein mulmiges Gefühl. Die Sicherung und Weiterentwicklung der Arbeitnehmerrechte hat für die SPD größte Bedeutung. Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz sind unverzichtbare Bestandteile des Sozialstaates und positive Standortfaktoren, für die wir eintreten.

Wir wollen prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückdrängen und das unbefristete, ordentlich bezahlte Normalarbeitsverhältnis stärken. Der gesetzliche Mindestlohn spielt dabei eine herausragende Rolle, aber wir brauchen auch neue Regeln, etwa gegen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Dazu haben wir Ende Oktober ein Gesetz verabschiedet – das allerdings aufgrund der Einsprüche der CDU/CSU ganz und gar nicht optimal geraten ist.

Es gab aber noch andere Themen: So etwa die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und nicht zuletzt das große und umfassende Thema Rente. Das Rentensystem muss stabil und leistungsfähig gestaltet werden. Es geht um die Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung angesichts demographischer Veränderungen, aber eben auch um die Anerkennung der Lebensleistungen und ein hohes Rentenniveau. Andrea Nahles hat in Spandau ein Rentenkonzept angekündigt – inzwischen laufen die Koalitionsverhandlungen dazu auf Hochtouren. Ob noch vor der Bundestagswahl Fortschritte erreicht werden können, ist bislang völlig unklar.



Termine

Dienstag, den 28.03.2017, 19.00 Uhr,

„Soziale Stadt“, Fraktion vor Ort zum Thema Städtebau mit dem stellv. Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion Michael Groß und Swen Schulz. Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Weitere Termine u. a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.

SPD